

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtauschrift: Tageblatt Riesa.
Bureau Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Großenhain.

Poststelle: Dresden 1200
Girofasse Riesa Nr. 52.

Nr. 41.

Freitag, 17. Februar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzuzahlung, monatlich 11.— Wart einzuhaltend Bringerlohn, Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erfolgen an bestimmten Tagen und Stößen wird nicht übernommen. Preis für die 48 min. Zeitung, 8 zum Höhe Grundpreis-Zeitung (7 Seiten) 2,50 Mark; zeitungsausende und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachstellung- und Vermittelungsgebühr 1 Mark pro Seite. Bewilligter Rabatt besteht, wenn der Betrag verfüllt durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Fälligkeitszeit: Riesa. Täglich unterhaltungsblätter "Grüße an die Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Voeststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vertisches und Sächsisches.

Riesa, den 17. Februar 1922.

— Weitere Erhöhung der Eisenbahn-Tarifzölle. WTB meldet aus Berlin: Die Ausgaben der Reichsbahn haben sich in letzter Zeit bedeutend erhöht. An die Arbeiter werden erhöhte Stundenlöhne und besondere Nebenteuerungszuschläge gezahlt. Der Tarifvertragsschluss lag am 1. Januar 1922 ab. Am 2000 Mark erhöht worden; die Beschäftigungsauflage hat eine Erhöhung um 50 Prozent erfahren. Die Belastung der Reichsbahn durch diese Verträge beläuft sich zu rund 3 Milliarden. Da es erklärungsgemäß mit der Erhöhung der Bevölkerung auch eine Steigerung der Materialpreise eintritt, so ist mit einer Ausgabensteigerung von insgesamt 6 Milliarden zu rechnen. Die Bewilligung von Nebenteuerungszuschlägen für Beamte steht noch bevor. Die Reichsbahn erhöht zur Ausgleichung dieser Mehrausgaben die Güter-, Tier- und Expresszug-Tarife bis zum 1. März ab. Ab diesem um 20 Prozent. Die Privatbahnen sind ermächtigt worden, sich der neuen Tarifzölle anzuschließen. Die Arbeiten der Reichsbahn, die auf eine Balancierung des Haushalts auch durch Verringerung der Ausgaben hinzuhalten, sind in vollem Gange. Im Haushalt für 1922 sind bereits bereits über 50.000 Röre weniger vorgesehen, als zur Zeit vorhanden sind. Auch Erholungsanlagen sind schon für die nächste Zeit sichergestellt.

— Evangelisationsvortrag. Für den gestrigen Evangelisationsvortrag des Herrn Sup. Oberpater der Bläserchor des evangel. Jungmännervereins, wie auch schon am Dienstag, die Begleitung des Choralsanges übernommen. Er wird dies auch am Sonnabend tun und ebenso Sonntag im Hauptgottesdienst eine Motette blasen. Der Gedankengang des Vortrages war folgender: Der Herr ist doch der rechte Meister im Lehren. Wie anschaulich redet er in den Gleichnissen. Der kluge Kaufmann sucht gute Werken. Sein Geist ist tätig, er denkt an etwas, er ist mit ganzer Seele dabei. Alle seine Gedanken sind auf gute Werken gerichtet. Das doch die Menschen heute denken, nachdenken wollten, was sie nötig haben! Aber das Denken ist eine Beschäftigung, welche die wenigsten Menschen lieben, denn sie sind an oberflächlich. Was für armstige geistlose Bilder werden gesehen. Was gründlich und des Wissens wert ist, hat keinen Platz da das matte Gehirn vieler, deren Leben sich abspielt in den Worten: Sie lebten sich nieder zu essen und standen auf zu spielen. Das Christentum, die Kirche fordert ernstes, tieles Nachdenken, fordert suchen — der Kaufmann sucht gute Werken. Das doch alle, die Jesum noch nicht gefunden haben, so viel gefunden Menschenverstand hätten und den Entschluss fäkten: Ich will nur nach Gutem streben, mein Leben soll nicht das Gemeine lieben. Ich will das suchen, was gut ist, an das ich mich allezeit mit Freuden erinnern kann. Das Gute sucht der Kaufmann mit grohem Fleiß und rechter Vorsicht. Er kommt das Wahr von dem Falschen unterscheiden. Prüft die Geister, ob sie von Gott sind. Wie glücklich war er, als er meinte, als er suchte: er fand die törichte Perle. Hast Du Jesum gefunden? Heute abend wird sich dieser Vortrag fortsetzen in der Bedeutung der 2 Weisungen: "Kaufst und verkaufst!"

— Kirchliches. Wir werden gebeten, unter Hinweis auf die Kirchennotizen darauf aufmerksam zu machen, daß sich die Kinder, die Ostern 1923 konfirmiert und nach Ostern 1922 in den Konfirmandenunterricht aufgenommen werden sollen, nächsten Sonntag vorm. 11 Uhr in der Trinitatiskirche versammeln sollen und zwar ohne die Eltern, die erst Ostern zu einem bes. Gottesdienst eingeladen werden sollen.

— Rauhreißbildung. Die gestern abend und in der vergangenen Nacht aufgetretenen Nebel hatten die freie Natur mit prächtiger Raubreißbildung bedekt. Bäume, Sträucher und Leitungsdrähte waren mit einer starken Raubreißbildung überzogen. Viele konnte das Auge an dem prächtigen Unkleid sich nicht entziehen, da das Laumwetter die Raubreißbildung bald zu Wasser werden ließ. Es scheint nun doch, als ob die Kälte vorüber sei. Dah abends und in der Nacht die Temperatur zurückgeht, ist günstig. Ein starkes Laumwetter könnte angeholt der Eisverdunstung der Elbe schlimme Folgen haben.

— Altershilfe des Deutschen Volkes. Der Sächsische Landesausschuss zur Durchführung der in den Monaten Februar und März stattfindenden Volkszählung für das notleidende Alter Altershilfe des Deutschen Volkes" erläutert folgenden Aufruf: "Unsere alten Leute hungern und sterben! In elender, unzureichender Kleidung, in schlechten, ungeheilten Wohnungen sind sie den Höerten des Winters schwüllos preisgegeben. Mit unbarmherziger Macht vollzieht sich die Umwälzung unseres ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens. Am schwersten von ihr betroffen sind unsere alten Leute. Sie haben ihre Arbeitskraft verloren und entwertet ist auch der letzte für die Lage des Alters zurückgelegte Sparpfennig. Staat und Volksvertretung erkennen die Notlage nicht, aber der Umfang und die Weitläufigkeit ihrer Hilfe sind beschränkt durch die Finanznot. Eine große Zahl der Bedürftigen wird durch öffentliche Hilfmaßnahmen nicht oder nicht ausreichend ergreifen. Es ist die heilige Pflicht aller, unsrer alten Leuten zu helfen. Die harte Not der letzten Jahre hat unser ganzes Volk zu einer ungottläufigen Solidaritätsgemeinschaft zusammengebracht. Echte Gemeinsinn aber sollte freiwillig die Ungerechtigkeit unserer regellosen Zeit zum Ausgleich bringen. Unsere Dankesschuld gegen unsere Eltern ist groß. Ihre hingebende Liebe und Fürsorge rütteten unsere Jugend. Ihre ganze Leben und Arbeiten galt uns. Wir bauen weiter an dem Werk ihrer Hände und ihres Geistes. Stets haben die Elbe und Wartung eines Volkes für seine Alten als das höchste Wahrzeichen

seiner Sitte und Kultur gegolten. Daher rufen wir alle, die ernstlich am Wiederaufbau unseres Volkes arbeiten, zu schone entschlossener Hilfe auf. Wie rufen den Kindern und der Jugend zu: Ehrt und schützt das Alter! Wie rufen den Frauen, den Hinterinnen der Familiengemeinschaft und den Tochterinnen hellender mittleralterlicher Liebe zu: Sorgt für unsere alten Leute! Erhaltet ihnen ein Blätzchen am heimatlichen Herd! Duldet nicht, daß sie unbedankbar herausgestoßen werden aus der Familie! Ihr Gefunden und Arbeitslöschen, Ihr Reichen und Ihr Besitzenden: Gebenet alle Eurer Pflicht gegen die bedürftigsten alten Mitglieder unserer Volksgemeinschaft. Schafft insbesondere ihr die alleinstehenden hilflosen alten Leute eine Zufluchtshütte in den wirtschaftlich so schwer bedrohten Altersheimen. Olfreiche Tat sei der Ausdruck unserer Erkenntnis! Spende und helft ein jeder nach seinen Kräften! Alle Banken und Sparkassen, Staats- und Gemeindekassen und sonstige öffentliche Kassenstellen sowie Zeitungen nehmen Spenden entgegen."

— Die "Standesschule". Der Sächsische Philologenverein schreibt uns: In den Kämpfen, die man alljährlich um die Regelung des Schulmeines führt, wird nicht selten die höhere Schule als "Standesschule" bezeichnet, und deshalb ihre Befreiung verlangt. Soweit man dabei unter "Standesschule" diejenigen Schulen versteht, die eine bestimmte Ausbildung für gewisse Berufe übermitteln wollen, soll über die Berechtigung der Ansprüche hier nicht gestritten werden. Mit dem Wechsel der Bildungsziele werden sich derartige Berufsschulen zu jeder Zeit einer gewissen Umformung unterziehen müssen. Meist soll das Wort "Standesschule" zum Ausdruck bringen, daß der Besuch der höheren Schule einzelnen Ständen der Bevölkerung vorbehalten sei, die eine soziale Überhöhung bilden. Wenn diese Behauptung nicht böswillig wider besseres Wissen verbreitet wird, beruht sie darauf, daß Leute, die vor 40 und mehr Jahren die höhere Schule besuchten, die Verhältnisse immer noch an den Zuständen der damaligen Zeit messen, und an der gewaltigen sozialen Umwidmung des höheren Schulerbestandes nichts vorübergegangen sind. Welche Eltern würden heute ihre Kinder in die höhere Schule? Eine Berichtsstatistik von Schülereltern aus dem Jahr 1920 (die gleiche Untersuchung für 1921 liefert unglaublich die gleichen Zahlen), die sich auf 21 Gymnasien, 21 Realgymnasien, 10 Oberreal Schulen und 32 Real Schulen in Sachsen erstreckt, ergab folgendes Bild: Von 25.579 Schülervätern waren 3298 Arbeiter oder untere Beamte, 6452 mittlere Beamte und Lehrer, 2186 höhere Beamte, 3502 Angestellte, 4875 selbständige Kaufleute, 4201 Gewerbetreibende und 1064 Landwirte. Unbedeutliche Zahlen freier Berufe sind hierbei nicht berücksichtigt. Ohne sich den Vorwurf der Unschuldigkeit zu stellen, wobei man nach der heutigen sozialen Lage Arbeit, untere Beamte und Lehrer, Angestellte und ein Drittel der Kaufleute zu den höheren Schulen verhängt, die sich auf 21 Gymnasien, 21 Realgymnasien, 10 Oberreal Schulen und 32 Real Schulen in Sachsen erstreckt, ergab folgendes Bild: Von 25.579 Schülervätern waren 3298 Arbeiter oder untere Beamte, 6452 mittlere Beamte und Lehrer, 2186 höhere Beamte, 3502 Angestellte, 4875 selbständige Kaufleute, 4201 Gewerbetreibende und 1064 Landwirte. Unbedeutliche Zahlen freier Berufe sind hierbei nicht berücksichtigt. Ohne sich den Vorwurf der Unschuldigkeit zu stellen, wobei man nach der heutigen sozialen Lage Arbeit, untere Beamte und Lehrer, Angestellte und ein Drittel der Kaufleute zu den höheren Schulen verhängt, die sich auf 21 Gymnasien, 21 Realgymnasien, 10 Oberreal Schulen und 32 Real Schulen in Sachsen erstreckt,

den 1885 zu Saupsdorf in Böhmen geborenen, in Großenhain wohnhaften Fabrikarbeiter Josef Spielvogel richtete. Der Eröffnungsbeschluß legt Spielvogel zur Faust, daß er in der Nacht zum 5. November vergangenen Jahres nach vorangegangener Becherel in Großenhain auf dem Hobberg verschlafen habe, den Fellhändler Petrasel die mit Geld gefüllte Brieftasche zu entreißen. Angeklagter hatte am 4. November in den Großenhainer Weihnachtsfeiertag, wo er in Arbeit stand, Hobbergdurchfall erhalten, und mit dem Gelde zuerst ein Kino, dann Bierhäuser aufgesucht, und in letzteren herum gezeit. Dem Fellhändler Petrasel schuldet Angeklagter 5 Mark, er trank mit ihm auch Wein. Auf dem Heimweg gegen 2 Uhr morgens hat Spielvogel den Fellhändler weggeschoren und zweimal versucht, ihm die Brieftasche zu entziehen, der Raum misslang jedoch an dem Widerstand des Überfallenen. Als Zeuge bestätigte Petrasel, daß ihm Spielvogel erst die Tasche entzogen, und diese dann wieder zugesetzt habe, zur Brieftasche konnte er nicht gelangen, weil Zeuge beide Arme über die Tasche hielt. Zeuge gibt zu, daß er und auch der Angeklagte betrunknen waren. Letzterer hatte nach der Verhandlung ein volles und sehr eingehendes Verständnis abgelegt, in der Verhandlung vor dem Schwurgericht will er sich auf nichts mehr beklagen. Angeklagter sieht mit seiner Frau in Scheidung, er hat angeblich nicht für ihren Unterhalt gesorgt, er befand sich auch sonst in schwieriger Lage. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen, die mittlerweile Umstände vorliegend erachteten, wurde Spielvogel wegen verübten Raubes zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, ihm auch die bürgerlichen Ehrentrechte auf drei Jahre aberkannt. Die Untersuchungshaft kommt voll in Anrechnung.

— Strafantrag des Ministerpräsidenten. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: In einem vom Schriftsteller und Vortragkünstler Müller-Heim in Dresden herausgegebenen Sensationsblatt wird vom Leiter der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei Oberregierungsrat Dr. Böhmer behauptet, er habe, weil er an der Krippe tig, seine politische Parteiangehörigkeit gewechselt, sei Rechtssozialist geworden. Darauf wird gegen Dr. Böhmer der Vorwurf der Charakterlosigkeit geöffnet. Die dieser Beleidigung zugrunde liegende Behauptung ist leichtfertig erkannt. Der Ministerpräsident als Dienstvorgesetzter des Dr. Böhmer hat deswegen Strafantrag gestellt.

— Vor Ankauf wird gewarnt. In der Zeit vom 30. 1. bis 2. 2. 22 wurde ein unbewohntes Landhaus in Rießewitz fast vollständig ausgeraubt. Den unbekannten Dieben fielen Betten, Decken, Bettwäsche, gek. „B. H.“ und Vorhänge, sowie eine Kamelhaardecke, gek. „Galiz“ in die Hände. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Landeskriminalpolizei Dresden, Schlegelgasse 7, 3, erbeten. Entsprechende Belohnung wird angeworben.

— Röder a. u. Bericht über die Gemeinderatsbildung am 16. Februar 1922. Der Antrag, 25 Prozent zur Reichsgebührenerhebung und 10 Prozent zur Reichsgrundsteuer zu erheben, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen. Der Antrag des Siedlungvereins auf Gewährung eines Bauflanzungszuschusses zur Errichtung von Wohnungen wurde zugestimmt und der Bauausschuß beauftragt, sich mit dem Siedlungverein in Verbindung zu setzen. Auf das Gesuch des Gemeindetäfliers und Gemeindedieners um Gehalts erhöhung wurde beschlossen, das Gehalt des Käfflers auf 10.000 Mark auf das Jahr 1922 und das Gehalt des Gemeindedieners auf monatlich 800 Mark festzusetzen. Nach dem Bericht der Gewerbslosenfürsorge sind an 67 Gewerbsleute im Jahre 1921 1781 Mark Unterstützung aus Gemeindemitteln gewährt worden. Es wurde beschlossen, daß die Gemeinde sich dem Landgemeindeverband anschließen soll. Die Steuer von 30 Mark jährlich wurde bewilligt. In den Auskünften der Kleinrentner wurden gewählt vom Gemeinderat die Herren Bielich, Härtner und Hörtich, von den Kleinrentnern die Herren Glize, Böhme und Görd. Es wurde der Antrag gestellt, daß das Protokoll in den Gemeinderatsitzungen die Gemeindetäfliker nicht mehr führen sollen, sondern es soll ein Protokollant gegen Entschädigung ange stellt werden. Der Antrag wurde dem Finanzausschuß zur Beratung überwiesen.

— Dresden. Als am Donnerstag morgen gegen 7,8 Uhr der wegen verschiedener Nachschließfälschungen festgenommene Arbeiter Arthur Walna in der Kriminalabteilung einer Vernehmung unterzogen wurde, sprang er so plötzlich, daß es nicht verhindert werden konnte, auf und mit einem Säge durch das Doppelsteuer des im 1. Stock gelegenen Vernehmungszimmers, um die Freiheit zu erlangen. Er wurde jedoch von dem am Eingang stehenden Polizisten ergriffen und zurückgeführt. Bei dem Sturz hat sich Walna nach ärztlicher Feststellung einen Schädelbruch zugezogen, weshalb er in das Krankenhaus überführt werden mußte. Ein dreiter Briefkastenplünder wurde von der Kriminalpolizei in der Region des ehemaligen Postausbaus Groß Schön, in Völkauwohnhaft, ermittelt. Er hat sich auf unehrenhafte Weise Briefkastenplünder verschafft und damit in Vorstadt Völkau Briefkästen geplündert. Ihm war es lediglich um die Erlangung von Wertobjekten zu tun. Damit hat er auch insofern Erfolg gehabt, als ihm Schads, Bautanweisungen und Wertmarken in die Hände gefallen sind.

— Dresden. Der Kammerlänger Weihinger vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg, der gestern abend im biesigen Opernhaus bei der Aufführung der Wölfe als Wolf den Boten gelungen hat, erlitt nach Schluss der Vorstellung einen Unfall. Weihinger fiel — wahrscheinlich infolge eines Sehitzes auf der ihm fremden Bühne — auf eine tiefer liegende Plattform und zog sich einen Bruch des rechten Oberarmes, sowie eine Wunde über der rechten Augenbraue zu. Nachdem ihm im Theater sofort die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden war, wurde er in eine

— Dresden. Der Kammerlänger Weihinger vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg, der gestern abend im biesigen Opernhaus bei der Aufführung der Wölfe als Wolf den Boten gelungen hat, erlitt nach Schluss der Vorstellung einen Unfall. Weihinger fiel — wahrscheinlich infolge eines Sehitzes auf der ihm fremden Bühne — auf eine tiefer liegende Plattform und zog sich einen Bruch des rechten Oberarmes, sowie eine Wunde über der rechten Augenbraue zu. Nachdem ihm im Theater sofort die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden war, wurde er in eine

Privatklinik übergetragen. Sein Befinden ist den Verhältnissen angemessen gut.

Leutkirch. Seltene Höhe selten sich am Mittwoch morgen in der 6. Stunde an dem mitten im Orte gelegenen Teiche. Es waren fünf Stebe, die draußen auf den Feldern kaum ihren Durst und Hunger stillen können. Die lachende, furchtlose Tiere des Waldes suchten Wasser und Nahrung unter den Bäumen.

Böbau. Am Sonntag, den 10. Februar findet in Böbau ein Baubücher-Dorfleistung statt. Der Dorfleistung verband für die Kreischauprauenstadt Böbau hält vormittags 9 Uhr seine Generalversammlung ab, der nachmittags 2 Uhr eine große öffentliche Protestversammlung aller Siebler und Siedlungskreunde gegen die Verkleinerung der Durchführung des Siedlungsgefechts, gegen die Ausübung veralteter Vorkonstruktionen seitens des Großgrundbesitzes usw. erfolgen soll. Siebler sind Wirtschaftsminister Böllig, dem die Siebler persönlich ihre Wünsche vortragen wollen, sowie zahlreiche Reichs- und Landtagsabgeordnete aus Sachsen, darunter Oberbürgermeister Dr. Kuhn, Bittau, Blaas, Webermann, Groß-Schweidnitz, Udo, Oehlein, Dresden, Schmied, Bittau usw.

Bauken. Großneuer suchte in der Nacht zum Donnerstag die Wagons und Maschinenfabrik A.G. norm. Buchheim. Der Brand brach in der achten Stunde in der Tischlerei aus und griff, da die Flammen in den großen Holzvorräten und Wagons reichliche Nahrung fanden, mit rasender Schnelligkeit um sich, so dass das Gebäude binnen kurzer Zeit in hellen Flammen stand und vollständig niedergebrannte. Gerettet konnte nur wenig werden. Genuktlich bedroht war die direkt dabei liegende Lackerei, die große Vorräte von Oelen und anderen leicht brennbaren Stoffen enthielt, doch gelang es, das Gebäude zu retten. Als ein Glück ist es zu bezeichnen, dass zur Zeit des Brandes Windstille herrschte, sonst wären wohl die gesamten Anlagen des nördlichen Teiles des großen Unternehmens, in dem der Brandherd lag, zerstört worden. Der südlische Teil des Werkes, der u.a. die eben fertiggestellten Ruhauten enthielt, ist vom Feuer nicht berührt worden. Das Feuer ist vermutlich durch Selbstentzündung der in den Schwänzen aufbewahrten, mit Öl getränkten Kleider der Arbeiter entstanden. Zur Bekämpfung des Brandes waren neben Sicherungsmannschaften der Reichswehr gegen 12 Feuerwehren, die sich indessen auf den Stoß der umliegenden Gebäude bekränken mussten, denn in unmittelbarer Nähe des Brandherdes befanden sich ein riesiger Holzstapel, der indessen in Sicherheit gebracht werden konnte, sowie große Vorräte an Benzol und Öl. Der angerichtete Schaden beträgt 10 Millionen Mark, ist aber durch Versicherungen voll gedeckt. Es sind große Vorräte an wertvollen Furnieren und anderen teuren Hölzern, sowie an Wagenpolstern, Polsterstoffen, Laken, sowie Maschinen, Handwerkzeugen, Gerät usw. in den Flammen umgekommen. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung, wenn er freilich auch gestört ist.

Der Markt d. Blauen. Der Transport einer aufgebauten Feldbahn erregte hier berechtigtes Aufsehen. Die Feldbahn wurde, wie sie stand, vom Neueren nach dem Inneren des Ortes transportiert. Der Transport ging ohne Unfall und Sachschaden schnell vorstatten.

Leipzig. Für die Leipziger Frühjahrsmesse häufen sich die Anmeldungen ausländischer Besucher; von Holland liegen bereits 900 vor, von Ungarn 500. Gleich günstig laufen die Mitteilungen aus den nordischen Staaten und besonders auch von Südeuropa.

Ministerielle Jahresberichte.

Dem Zentral-Sachverständigen wird geschrieben: Eine der neuesten Neuerungen, die die sozialistische Regierung in Sachen eingeführt hat, besteht darin, dass am Schluss des Jahres 1921 über die Tätigkeit sämtlicher Ministerien in der Sachsischen Staatszeitung Berichte veröffentlicht wurden. Alle Ministerien machten auf: das Justiz, Finanz, Arbeits-, Wirtschafts-, Güterministerium, und ihre Berichte erzählten alles das, was sie in dem abgelaufenen Jahre getan hatten. Der Zweck dieser Veröffentlichungen ist schwer ersichtlich. Sollen sie dazu dienen, dem sächsischen Volke zu zeigen, dass in den Ministerien überhaupt gearbeitet wird? Oder haben die sozialistischen Minister das Bedürfnis, in den Mitteilungen über die sächsische Arbeit, die sie selbst wegen ihrer Überlastung mit Politik ja gar nicht bejagen können, ihre politische Unzulänglichkeit in der Führung der Staatsgeschäfte vorgezeigt zu machen? Eine Antwort auf diese Frage mag sich jeder selbst geben. Im nachstehenden seien aber einige Bemerkungen zu dem Bericht angeführt, den das Arbeitsministerium unter der Überschrift: "Ein Jahr sächsischer Politik" in Nr. 7 der Sachsischen Staatszeitung veröffentlicht. Die "sächsische Politik" des Arbeitsministeriums bestätigt sozusagen unverhüllt alles, was von Seite der Industrie im Laufe des Jahres über die Tätigkeit und Absichten des

Arbeitsministerius Jüdel gesagt wurde, nämlich, dass von ihm planmäßig, rücksichtslos und einseitig vorangegangen wurde, um die von ihm im Ministerium vertretenen radikalen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsfordertungen mit Hilfe der staatlichen Gewalt durchzuführen.

Es besteht recht eigenartig, wenn zweit gesagt wird, dass der offizielle Bericht in Nr. 7 der Sachsischen Staatszeitung vom 8. Januar nur eine "Erörterung" seines privaten Berichtes, "aus dem Bereich des Arbeitsministeriums" in der Arbeiterpresse sei, mit dem sich vermutlich der frühere Arbeitsminister Jüdel seinen Genossen angelegenheit empfohlen wollte. Soll daraus etwa der Schluss zu ziehen sein, dass in Sachen als Organ der Regierung die unabkönnig- sozialistische Presse anzusehen ist?

Dann nimmt der Arbeitsminister energisch Front gegen seinen unbesonnenen Kollegen im Wirtschaftsministerium. Er beginnt die Notwendigkeit eines besondern Arbeitsministeriums und den dazu gehörigen Ausgaben nämlich darmit, dass im Wirtschaftsministerium eine Lösung der für die industrielle Arbeiterschaft so wichtigen und sozialpolitischen Fragen unmöglich sei. Umso mehr darf man erstaunt sein, wenn dann von der heftigsten Gefüllung von Arbeitnehmerkammern die Rede ist, welche die Tätigkeit des Arbeitsministeriums überflüssig zu machen geeignet sind, denn die ihnen zugedachten Aufgaben sind die gleichen, wie die dem Arbeitsministerium zugewiesenen, und was den Personenkreis der einflussreichen Mitglieder anbetrifft, so würde er sich auch kaum unterscheiden.

Mit Benutzung bemerkt der abschließende Minister, dass die Stilllegungsverordnung von ihm vielleich gehandhabt wurde, um Stilllegungen zu verhindern und eine "Schadloshaltung der Arbeit" durchzuhalten. Allerdings ist höchstens genug zum Ausdruck gebracht worden, dass die Anwendung der Verordnung auf große sachliche Schwierigkeiten stieß und man darf wohl annehmen, dass häufig deshalb auf ihre Handhabung verzichtet wurde, weil die Regierung ebenso zum Schadensatz herangezogen werden konnte, ja, wenn man freies Hand gehabt hätte und nicht die Schankonkurrenz im letzten Drittel des Jahres 1921 jede Stilllegung von Betrieben erfordert hätte, was alles wäre mit dieser Verordnung möglich gewesen.

Weiter hält sich der Minister eine seiner "authentischen Interpretationen" zugute. Eine "Verfügung" in Form einer "genauen Interpretation" der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920, "ausserdem zugunsten der Arbeitnehmer erlassen, soll dazu gebeten haben, die Absichten einiger Unternehmerkreise, diese Verordnung zu umgehen, unwirksam zu machen. Ob sich der Arbeitsminister darüber klar war, dass sein Bericht die seidherrschaftliche Verfolgung anerkennt, das selbst seine Verwaltungsbehörden nicht davon gebunden sind? Möglic, diese Frage zu stellen! Der Minister war ja Gewerkschaftssekretär und hat auch in seiner Eigenschaft als hoher Staatsbeamter angenommen, dass seine Worte ebenso allen sächsischen Staatsbeamten ein Evangelium seien, wie früher seine Reden an die Tiefarbeiter und Arbeitgeber.

Auf die Sache der Überstunden-Befreiung einzugehen, erübrig sich, sie ist genügend erörtert worden. Dagegen muss ein Satz des Artikels besonders festgestellt werden: "Daneben ergingen eine große Anzahl Entschließungen und Anordnungen über die Technische Not hilfe bei Streiks, die in ihrer Wirkung die wirtschaftlich schwachen Schichten der sächsischen Bevölkerung zu stark geeignet waren."

Da die Streiks gewöhnlich von den vom Ministerium vertretenen Arbeiterschaft ausgehen, kann man diesen Satz nur so verstehen, dass entweder die Technische Not hilfe (die übrigens beim Arbeitsministerium gar nicht untersucht) am Eingreifen gehindert wurde, und auf diese Weise der Streik irgend einer Arbeiterguppe ministeriell begünstigt wurde — oder aber, dass bei Einleitung der Technischen Not hilfe gleichzeitig die "wirtschaftlich Schwachen" nicht die solche bezeichnete Arbeiterschaft, sondern die sie selbst besonders in Mitleidenschaft gezogen. Allgemeinheit war (oder sollte der Minister etwa die Träger der Produktion, die gehemmten Unternehmer, gemeint haben?).

Alles in allem kennzeichnet den Bericht, wie mancher frühere offizielle Artikel, die Föde der Warte, von der aus ein sächsischer Minister zur Zeit sozialistischer Staatsbehörde seine Tätigkeit aufstellt. Man kann gewusst sein, wie Herr Ristau, dem Herr Jüdel "seinen Ministerpost abgetreten hat", die Tätigkeit im Jahre 1922 fortführen wird.

Militarismus auf Amerikas Rotten.

Von ihrem Reworler Vertreter wird der "Sächsischen Rundschau" geschrieben:

In dem gegenwärtigen Verhältnis der Vereinigten Staaten gegenüber Europa spielt die Erwürgung eine Hauptrolle, da die europäischen Schultheiße Amerikas sich auf so hohen Posten einen übermäßigen Aufwand an Rüstungskosten leisten. An sich ist der zum zweiten König Widus erworbene Panzer nicht weiter willkürlich auf europäisches Gold, sondern leidet schon ganz unter der "Leb-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit" nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als diese unzähligen Rüstungskosten zu bestreiten. Senator Mac Connal hat kürzlich unter Berufung auf eine "verantwortliche Persönlichkeit"

nachstehende Gegenüberstellung von Großstadt und Landes-

golduna" dieses Landes. Aber er doch gleichwohl möglich sehr vorsichtig auf die Schuldenliste in seiner Hand, um die Herren Branzolin und ihre Kollegialität darauf aufmerksam zu machen, dass sie seit langem etwas Sparmaß mit dem amerikanischen Gold umgeben und lieber ihre Schulden beglichen sollen, als

Geb. An eine Wiederaufnahme der Schädel ist voreilig nicht zu denken.

Au dem Grund der Delfabrik Nahrendorff in Magdeburg-Großburg wird von der Fabrikleitung mitgeteilt, daß die Meldung, wonach die Fabrik vollständig vernichtet sei und der Betrieb still steht, nicht richtig ist. Ferner ist lediglich der Kreissaal, in dem das Stofflager stand, zerstört worden, während alle anderen Gebäude unversehrt geblieben sind. Der Betrieb in den erhaltenen Gebäuden geht weiter.

Der 14-jährige Lebensretter auf Schneisenwunden. Das ausplaudende Kat eines Knaben wird durch den Bericht von Gott William in Ontario beleuchtet, demnachlos fünf Kinder im Alter von 1 bis 12 Jahren durch ihren 14-jährigen Bruder vor dem Untergang in eisiger Wildnis gerettet wurden. Ein indianischer Krieger Achimico Van Loden lag mit seinem Bruder an Innenscheitern schwer dornte, und als er seinen Tod heranahen fühlte, rief er seinen kleinen 14-jährigen Sohn Achimico an sein Sterbelager, gab ihm 1000 Dollars, den Schlüssel der Haustür, und bat ihn, für seine Geschwister zu sorgen. Am selben Tage starben beide Eltern. Da er die Leichen nicht begraben konnte, ließ der Knabe sie in der Hütte mit den fünf jüngeren Kindern und machte sich mit Schneeschuhen auf den Weg, um den 50 Kilometer entfernten wohnenden Nachbarn John Gingosch zu suchen. Als er mit ihm 2 Tage später zurückkehrte, fanden die Kinder ein rotes Mooseblech, der einzige Nachruf, die sich noch in der Hütte fand, und hatten die gesamte Einrichtung verbrannt, um sich vor dem Ertrinken zu bewahren, während die Leichen steif gefroren dalagten. Mit Hilfe des Nachbarn brachte nun der Knabe alle seine Geschwister wohlbehalten nach Motcomb, der Station der kanadischen Eisenbahn, die am nächsten lag.

Der Musterknabe Lenin. "Viele frummt sich, was ein Höldchen werden will," heißt es zwar im Sprichwort, doch der Schüler Lenin scheint noch nichts von jenen Charaktereigenschaften besessen zu haben, die ihn später so berühmt gemacht haben. Ein Sowjetblatt, die "Proletarische Revolution", hat vor kurzem einen interessanten Auszug aus dem "offiziellen Protokoll des Gymnasiums von Simbirsk" veröffentlicht, und zwar handelt es sich dabei um die Befürchtungen, die Vladimir Ullanow — der sich später Lenin nannte — als Schüler erhalten hat. Geschildert sind diese Protokolle von dem Direktor des Gymnasiums, Gedeon Kerenski, dem Vater jenes Alexander Kerenski, der vor Lenin der Diktator Russlands war und dann von dem Schüler seines Vaters gefeuert wurde. Die Befürchtungen Ullanows gelten, daß er ein vorzüglicher Schüler und ein wahrer Mukherjee war. Seine Begabt., Neigung und Vorlieben, "heißt es in dem zusammenfassenden Urteil über seine Leistungen, ist Ullanow in allen Klopfen der Erste gewesen. Am Ende seiner Studien hat er die Goldene Medaille erhalten als der Würdigste durch seine Leistungen und durch sein Vertragen." Die Schüler des Gymnasiums von Simbirsk wurden sehr streng beaufsichtigt. Sie durften das Internat nur zu bestimmten Stunden verlassen und mußten sich bis in die kleinsten Einzelheiten der Hausbörnung klügen. Lenin, der große Anführer, hat sich nicht das geringste vergehen in dieser Sinfidit zu Schulden kommen lassen, und während die andern gar manchmal die Befehle übertritten, wird von ihm ausdrücklich hervorgehoben, daß nicht ein einziger Fall bekannt sei, in dem er durch Taten oder Worte seine Lehrer irgendwie erzürnt oder auch nur eine ungehörige Gehaltung zur Schule getragen habe. Die ganze Schulzeit Ullanows war erfüllt von Religion und Disziplin"; die Grundlagen sind nach den Angaben des Beurichtes von den Eltern gelegt worden, die dem Knaben ein musterhaftes Beispiel strenger Disziplin gaben. Nur an einer Stelle der Charakteristik leuchtet etwas von dem heutigen Lenin hindurch, indem nämlich gesagt wird, Ullanow habe sich keins von seinen Kameraden lernen wollen, sei ein sehr ungeselliger Mensch gewesen und habe sich hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Uebrigens sind auch andere große Revolutionäre der Geschichte Russlandes in der Schule gewesen, so Robespierre und Saint-Just.

Frauenberufe und Geschäftsaussichten. Das Mädchen einen Beruf, gar häufig mit der ausgesprochenen Würde erfreuen, sich auf diese Weise einen Mann zu erobern, ist eine Erziehung, die in der Umfrage eines Bonner Blattes immer wiederkehrt. Diese Erhebungen, die unter dem Motto "Arbeit und Trauring" ange stellt wurden, bieten eine Fülle interessanter Materials zu dieser stets aktuellen Frage. In dem Zentralbüro für Hausangestellte wurde erklärt, daß das hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Uebrigens sind auch andere große Revolutionäre der Geschichte Russlandes in der Schule gewesen, so Robespierre und Saint-Just.

Die Mutterkinder sind ausgesucht. Das Mädchen einen Beruf, gar häufig mit der ausgesprochenen Würde erfreuen, sich auf diese Weise einen Mann zu erobern, ist eine Erziehung, die in der Umfrage eines Bonner Blattes immer wiederkehrt. Diese Erhebungen, die unter dem Motto "Arbeit und Trauring" ange stellt wurden, bieten eine Fülle interessanter Materials zu dieser stets aktuellen Frage. In dem Zentralbüro für Hausangestellte wurde erklärt, daß das hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Uebrigens sind auch andere große Revolutionäre der Geschichte Russlandes in der Schule gewesen, so Robespierre und Saint-Just.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 17. Februar 1922.

Überprüfung des Flugwettbewerbs Ausschusses.

V Berlin. Der "Deutsch. Allg. Sta." aufzusehrt ist der Reichstagsschluß für auswärtige Angelegenheiten von einem Vorlesenden Dr. Stresemann für Dienstag, den 21. d. M., einberufen worden.

Frankreich und Rußland.

V Berlin. Dem Vertreter der Ruhm Preußen wurde in der gleichen französischen Gesellschaft erklärt, daß die Gesellschaft bisher keinerlei Bestätigung über den Abschluß eines Abkommens erhalten habe und daß sie an die Mängelheit eines solchen Abkommens zwischen Frankreich und Rußland vorerst überhaupt nicht glaube. — Da jedoch das Dementi, so bemerkte der Vorwärts hierzu, nicht in formeller Form abgegeben wurde, so sei anzunehmen, daß immerhin Verhandlungen stattfinden, die sich auf der Grundlage des in der Meldung bezeichneten Entwurfes eines Abkommens bewegen.

V Paris. Wie in der Auslandspresse veröffentlichte Nachricht, wonach zwischen der französischen Regierung und Stobolev Unterhandlungen stattgefunden haben sollen, wird in einer Zusammensetzung für unrichtig erklärt. Es sei nicht bekannt, daß Stobolev einen offiziellen Auftrag zu erhalten habe. Ebensoviel sondert irgend eine Unterredung zwischen ihm und einem amtlich bevollmächtigten französischen Vertreter statt.

Die Auswirkung des Bodenreformgesetzes.

V Prague. Aufgrund des Bodenreformgesetzes wurden bisher in Böhmen 1½ Millionen Hektar, in Württemberg 1½ Millionen, in Schlesien 135000, in der Slowakei 1½ Millionen und in Karpatho-Rußland 200000 Hektar zur Beschlagnahme angemeldet, etwa 16%, des gesamten Bodens der Republik. Von 5 Millionen Hektar, die insgesamt in Betracht kommen, wurden bisher 222000 Hektar in das Eigentum der kleinen Landwirte und Tagelöhner überführt.

Der englische Kredit für Österreich.

V Wien. Im Nationalrat teilte Finanzminister Glücker die Bedingungen für den englischen Kredit mit. Die Bedingungen dieser Kredite erfolgt durch Schatzwechsel, die mit 5 Prozent verzinsbar sind. Der englische Sondervertreter Young wird der österreichischen Regierung bei der Verwendung des Kredites beratend zur Seite stehen. Die Verlängerungen Österreichs über den Kredit werden von ihm gegenzuzeichnen sein. Als Sicherstellung für den englischen Kredit kann gewisse Gobelins zu verpfänden, die nach einer später noch zu genehmigenden Liste festgestellt werden. Die englische Regierung ist bereit, zu stimmen, daß diese Gobelins auch als Sicherstellung für weitere evtl. noch von anderer Seite zu gewährende Kredite gegeben werden. Ein Verkauf der Gobelins während der Reparationszeit soll nicht stattfinden. Die österreichische Regierung stimmt diesen Bedingungen bereits zu. Der Rückamortiz der Kredite steht nichts mehr im Wege. (Beifall.)

Die vierte Reparationsabgabe abgelaufen.

V Paris. Am heutigen Freitag ist die vierte zehntägige Zahlung von 81 Millionen Reparationsgeldern fällig.

Ölberge in der Ostsee.

V Stockholm. Die Lage in der Ostsee ist kritisch, weil viele Ölberge die Schiffahrt im Kattegat und im Sund fast völlig verhindern. Der Hafen von Göteborg ist nahezu gänzlich abgeschlossen.

Aus der französischen Rammer.

V Paris. (Kammerfunktion.) Es wurde die Aussprache über das Finanzgesetz betr. die Ausgaben begonnen, die Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles zur Last fallen. Der Berichterstatter Emmonde führt aus, am 1. Januar 1922 habe Frankreich für das Konto Deutschlands 80 Milliarden Francs vorgesehen, 45 Milliarden für Reparationen, d. h. für Sachschäden, 25 Milliarden für an Personen zu zahlende Entschädigungssummen und 10 Milliarden als Zinsen für abgeschlossene Unleihen. Für das Budget 1922 kommt noch eine Summe von 10577 Millionen Francs hinzu. Der Friedensvertrag, der eine gerechte Entschädigung vorgesehen habe, habe in San Remo, Boulogne, Paris und London Änderungen erfahren, die das glückliche Ergebnis beeinträchtigten. Frankreich werde nur 80 Milliarden Goldmark anstelle der zu zahlenden 188 erhalten. Der Redner wiederholte also dann die bekannten Vorwürfe gegen die deutsche Regierung und beharrte darauf, die fürglichen Vorwürfe der deutschen Regierung zur Sanierung ihrer Finanzen. Er betonte zum Schluß, jedes Jugetändnis, das man Deutschland mache, jeder Vorteil, den man ihm bewillige, jede Verlängerung der Zahlungsfrist, die man ihm gewähre, hätten zur unmittelbaren unvermeidlichen Folge, dem französischen Staatsdienst neue Kosten aufzuerlegen, die er nur schwer tragen könne. Gewähre man Deutschland Erleichterungen, so überlässt man Frankreich. Der Berichterstatter verlangte schließlich internationale, finanzielle Solidarität.

Vbg. Grossman, als Vorsitzender des Ausschusses für die betreuten Gebiete, wies besonders auf die Tätigkeit der Reparationskommission hin und auf die Machtausübung, die ihr der Friedensvertrag zuerkannte. Voynars unterbrach den Redner mit der Erklärung, die Reparationskommission habe Urlaube gehabt, unzureichend zu sein. Sie habe sich fortgesetzt an die Regierungen wenden müssen. Von nun an aber werde sie ihre Machtausübung wieder erhalten. Er habe die Besiedlung, nach dieser Richtung bin ich in vollem Ginoeinem mit den Alliierten zu befinden. Grossman behauptete, Deutschland könne zahlen. Er beglückwünschte die Regierung zu dem Entschluß, eine vollständige Aufführung des Friedensvertrages zu erzwingen. Voynars erklärte in einer Zwischenbemerkung, die deutsche Regierung beabsichtige eine Zwangsanschaffung aufzulegen, deren Ergebnis nicht so ergiebig sein werde, wie man gehofft hatte, weil der Reichstag sich weigerte, gewisse Bestimmungen aufzunehmen. Die Reparationskommission müßte also handeln. Voynars behauptete, es sei vollkommen unrichtig, zu sagen, daß der deutsche Steuergesetz schwerere Lasten trage als der französische. Tatsächlich müsse man, um dies feststellen zu können, nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten, die Provinzial- und Kommunalsteuern zum Vergleich heranziehen.

Vbg. Grossman unterstrich die Erfahrungen Voynars und wies auf die durch den Wiederaufbau entstandenen Schwierigkeiten hin. Grossman verwahrte sich zum Schluß seiner Rede dagegen, daß Frankreich, wenn es seine gerechten Forderungen verfolge und seine Sicherheit gewährleisten wollte, des Imperialismus und Militarismus bezüglich werde. Wenn die Alliierten nicht die 1918 feierlich verkündete Solidarität für den Wiederaufbau wahrten, sei eine Katastrophe unvermeidlich.

Darauf wurde die Weiterberatung auf helle nachmittag vertagt. An erster Stelle soll jedoch die Interpellation Bouteille über die Schießerei in Oberelsassien erledigt werden.

Verhandlungen der amerikanischen Legation in Deutschland.

V Washington. Das Kriegsamt gibt bekannt: Die amerikanischen Beobachtergruppen in Deutschland werden unverhältnismäßig um 208 Offiziere und 8000 Mann vermindert. Es bleiben dann nur 160 Offiziere und 2217 Mann zurück.

V Greifswalder Schätzlebemarkt am 16. Februar. Muttertag: 1. Kinder: a) 18 Ochsen, b) 5 Kühe, c) 28 Kalben und Kühe, 2. 458 Rinder, 3. 102 Schafe, 4. 617 Schweine. Breite in Markt für Rindvieh- und Schafszucht: 1. Rinder wie am Montag. Rinder: 1. Doppelländer — 2. breite Rind- und Gaufüller 1450 bis 1500, 2325 bis 2425, 3. mittlere Rind- und Gaufüller 1800 bis 1400, 2175 bis 2500. 4. geringe Rinder 1100 bis 1200, 2000 bis 2150. Schafe: Breite wie am Montag. Schweine: 1. vollfleischige der kleineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahr 1700 bis 1800, 2175 bis 2500, 2. mittelfleischige 1800 bis 1900, 2275 bis 2400, 3. kleinflüchtige 1500 bis 1600, 2000 bis 2125, 4. gering entwickelte 1800 bis 1400, 1850 bis 1975, 5. Sauen und Über 1500 bis 1700, 2000 bis 2300. Tendenz des Marktes: Kinder langsam, Rinder gut, Schweine mittel.

Kirchennachrichten.

Separettum 1922.

Wiese. 9 Uhr Predigt (2. Mo., 12. 18) danach Übergottesdienst mit Gottesdienst (Sup. Ober). 11 Uhr Versammlung der Konfirmanden von Ostern 1922 in der Trinitatiskirche. 4,7 Uhr Blaurestaurunde im Jugendheim (Seltmann). Mittwoch Heiligen- und Totenfeier. Sonntagabend Missionssingen.

Wiederholung: August-Erlöse 9. Dienstag 8 Uhr Gemeinschaftsfeier. Heilige. Samm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Unterredung 11.

Gräber. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Venedek), 11 Uhr Abendgottesdienst in Wiersdorf.

Wieso. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst in Johannishausen.

Röderau. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Mittwoch Jungfrauenverein. Donnerstag Jungmännerverein. Freit. Heiligen- und Totenfeier. Sonntag 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Glaubig. 1/9 Uhr Predigt. 1 Uhr Abendgottesdienst. Dienstag Jungfrauenverein.

Rückitz. Kein Gottesdienst, muss auf den 28. 1/11 Uhr verschoben werden, da der Saal nicht frei ist.

Satz. Et. Barbara-Kapelle (Mathildenstraße 9). Sonnabend 4—5 Uhr Seelsorgegelegenheit bei fremdem Geistlichen. Sonntag 1/8 Uhr Heilige Messe mit Ansprache, 9 Uhr Hochamt und Segen, 4 Uhr Junglingsverein, 8 Uhr Volksverein bei Höpfler. Werktag 5 Uhr Messe 1/8 Uhr, außer Sonnabtag.

Geschlechtsfranke!!

Verlobungen im eigenen Unternehmen bestehen, übernehmen Sie die Geschenke zur Hochzeit. Einzelne Geschenke werden von den Geschenkverleihern bestellt. Bei jedem Hochzeitstag ist freies Geschenk für alle Geschenkverleihern. Eine wesentliche Entlastung für die Brautfamilie. Einzelne Geschenke werden von den Geschenkverleihern bestellt. Bei jedem Hochzeitstag ist freies Geschenk für alle Geschenkverleihern.

Spezialarzt/Dr.med. Dammanns

Berlin W. 177 Potsdamerstraße 123 B.

Geschäftstage: 9—12, 4—7. Sonnabend: 10—12 Uhr.

Mädchen, welches Ostern die Schule verläßt, wird jetzt schon als Antikvarianz angenommen. Goethefest. 70. 1. Erfahrenes

Hausmädchen

für kinderlosen Haushalt nach Leipzig gesucht. Näheres zu erfragen bei Frau Grete Streit,

Reiter-Wilhelm-Viertel 4.

Gesucht zum sofortigen Eintritt eine ältere erfahrene, selbständige

Kochin

die bei zweitem Mädchen auch etwas Haushalt übernimmt und 1 Hausmädchen, welches schon in best. Haushalt tätig war und wachsen und plätzen kann. Frau Ella Bühl, Bauchhammer.

Gäppchen mit Stallung

zu mieten gesucht. Off. unt. 0 X 8428 an das Tgl. Miet.

Ulte angelebene und eingeführte Lebensversicherungs-Gesellschaft in Nebenzweig. (Heute usw.) hat ihre

General-Agentur

für den Bezirk Riesa unter günstigen Bedingungen an zu beziehen. Herren aus der Versicherungsbranche oder solche, die Beziehungen zu Handel und Industrie haben, werden gebeten, öfferten unter L. V. 500 an das Tageblatt Riesa einzureichen.

Zur Entlastung unseres dortigen Oberinspektors Herrn Karl Richter beabsichtigen wir für Riesa und nähere Umgebung eine

Hauptinfassoagentur

eingerichtet. Größere Bestände vorhanden. Herren mit guten Beziehungen ist Gelegenheit geboten, sich eine lohnende Ginnahme zu sichern. Angebote an die Hauptdirektion Nord, Dresden-N. 6, St. Privatpl. 1, I.

Ulte gut eingeführte Lebens-Versicherungs-Gesellschaft sucht

Fachmann

gegen reine Provision als General-Vorsteher — mit unbeschränktem Arbeitsgebiet. Angebote P. 8428 an das Tageblatt Riesa.

Gröba.

Bestellungen auf das täglich erscheinende "Riesaer Tageblatt" nimmt jederzeit entgegen. Best. Almale vero, Riesel, Gröba, Elsterstraße 2.

Das Vertrauensvotum.

Dr. Wirth hat sein Vertrauensvotum erhalten. Ist es auch keine große Majorität, nicht einmal die absolute Mehrheit des Reichstages, so ist es doch ein Ausweg aus dieser überaus verfahrenen Lage, das man die Beendigung der Krise von allen Seiten mit Bekämpfung bearbeiten kann. Die Niederlage, der Sturz der Regierung ist verschieden, weil niemand einen anderen Ausweg sah und das Bleiben beim Alten immer noch das kleinste Uebel bedeutet gegenüber dem Ungeheuer, was sonst zu befürchten gewesen wäre. Man hat zudem den Eindruck, daß viele Kräfte wirtschaftlich überflüssig geweisen wären, und daß sie die Bölung der schwierigen Frage der Koalitionsverstärkung noch weiter erschwert hat. Es gefährdet doch geradezu das Ansehen des Parlaments, wenn nach einer solchen "Vertrauensabstimmung" innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit sich eine größere Mehrheit um dieselbe Regierung schart, und man kann doch im Ernst nicht annehmen, daß die Regierung auf so schwachen Füßen nach Genau gehen kann. Die Rücktrittsanträge haben die Parteien im übrigen in unerwarteter Weise weiter fortgeführt, so daß ein neues Kommtomps, wenn es zustande kommen sollte, zu haben scheint den Zweck zeigt, nur in der äußeren Politik noch abstritt zu werden. Aber wie sind für heute über den Berg, aus einem Dilemma heraus, das und genau gesetzt hat, und man säte am besten, all die unerwarteten Ereignisse der letzten Tage so schnell wie möglich zu vertreiben. Ob es denn überhaupt einen anderen Weg unserer politischen Fortentwicklung als die große Koalition, die immer weiter hinausdrückt scheint, ja mehr sie notwendig wird? können die Steuergelehrte anders unter Dach und Fach gebracht werden, als durch einen in sich halbwegs geschlossenen Block? Nun ist auch das Steuerkommtomps verdächtig, in mühseligen Verhandlungen getrieben, eine Grundlage für das deutsche Staatsrecht bilden sollte. Vertretende Maßnahmen haben alles vernichtet, was immerhin schon zu seinem Namen und worauf man Hoffnung auf eine bessere Politik schöpft. Man straut sich links, man straut sich rechts in den Mittel, gar nicht zu reden von den Oppositionen, von denen man nichts anderes als Mißbilligung erwarten kann. Indem aber die Regierungskoalition bald zu den Unabhängigkeiten, bald zur Volkspartei pendelnd Anschluß zu gewinnen sucht, verzerrt sie die Einheitsfähigkeit beider Gruppen. Das sozialdemokratische Konservativen mit der sozialdemokratischen Brüderpartei gefährdet immer, wenn es kommt ist, die Regierungserweiterung dort, wo sie am wenigsten geschehen ist. Nach dem Görlitzer Beschuß ist eine mehrjährige Wandlung erfolgt, die daher röhrt, daß die sozialdemokratischen Bedingungen keine Plattform für Zusammenschluß ergeben könnten. Daher resultieren alle die Spannungen, die sonst leichter hätten überbrückt werden können, und hätten die Sozialdemokraten nicht noch ein gewissem Biegen der Regierung bei und nach der Beendigung des Streites der Eisenbahnen ertragen, so hätten sie dem deutschen Volke leicht diese Krise ersparen können. Nun muß es weiter ans Nächste und ans Stückeln gehen, und wieder wird der alte Streit der Parteien drum entbrennen, wo der Anschluß gesucht werden soll. Die letzte Krise, das notdürftige Vertrauensvotum, sollten wenigstens jetzt eine Warnung sein.

Deutscher Reichstag.

wb. Berlin, 16. Februar.

In der heutigen Sitzung des Reichstages stand die erste Beratung eines Gesetzentwurfes über den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag zunächst auf der Tagesordnung.

Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau

benutzte diese Gelegenheit, sich dem Hause vorzukennen, behaupte aber, sich noch nicht ausführlich über sein Programm zu können. Dafür sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Entwurf scheine ihm ein gutes Omen für die deutsche Zukunft zu sein. Er sei ein Vertrag des ausgleichenden Rechts und eine neue Stellungnahme Deutschlands an dem Gedanken des Schiedsgerichts, anders, als die Stellungnahme Deutschlands zum Schiedsgerichtsgeboten im Haag. Es gelte hier den Rechtsgedanken des Schiedsgerichts im bekräftigen durch einen Vertrag, der eine absolute Rechtsgrundlage bildet. Kaum einen Vertrag werde man finden, der zwischen den Völkeren zur Vermeldung von Streitigkeiten abgeschlossen sei und in so vollkommenem Rechtlosigkeit wie der vorliegende alle möglichen Differenzen voransieht und zu befreiten sucht. Für einen etwaigen Staatskrieg sei ein Schiedsgericht vorgesehen, für einen politischen Konflikt Schiedsinstanzen. Er hoffe, daß Gedanke und Fassung dieses Vertrages den Beifall des Hauses finden würden und daß sich weitere Schiedsgerichtsverträge mit anderen Staaten anschließen werden. (Beifall.) Solange nicht eine geeignete Schiedsinstanz vorhanden ist, bei der jedes Land sein Recht finde, werde es Ausgabe der Schiedsverträge sein müssen, die Rechtsordnung der Welt zu sichern. Das Recht sei die Voraussetzung jeder Arbeit und somit auch legitimen europäischen Wiederaufbaus. Er empfiehlt daher den Vertrag als ein Instrument, das in einer friedlicheren Zukunft mache.

Abg. Dr. Breitscheid (D. Soz.) kommt dem Vertrag zu, will dabei aber nicht überreden, daß solche Verträge unter Umständen doch nur Sehen Papier sind.

Abg. Frölich (Komm.) hält den Vertrag für eine Satire auf die ganze romantische Friedensidee, nur darauf berechnet, den Menschen vorsätzlich, daß wir eine Regierung hätten, die den Weltfrieden wirklich will.

Der Vertrag wird sodann in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Nach Annahme des Vertrages zwischen Deutschland und Österreich in Angelegenheiten Kriegsschädiger und Kriegshinterbliebener wird dann die Beratung des

Die disziplinarischen Maßnahmen gegen Beamte.

WTB. meldet aus Berlin: In der Beamtenforschung wie im Publikum herrscht vielfach noch Unklarheit über die disziplinarischen Maßnahmen, die nach den Richtlinien des Reichsministers aus Anlaß des Beamtenstreiks zu treffen sind. Danach dürfen nur solche Beamte aus Anlaß des Streiks entlassen werden, die Urheber des Streiks waren, Sabotage oder gewalttätige Unzulänglichkeit verübt oder andere Beamte durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht behindert haben. Stellt sich der unkündbare Beamte während des Disziplinarverfahrens heraus, daß dieser Tatbestand nicht austritt, so wird das Verfahren eingestellt. Gelingt es bei kündbaren Beamten die Entlassung als nicht gerechtfertigt heraus, so wird sie durch die Stelle, die sie ausgesprochen hat, zurückgenommen. Gegen Beamte, die durch Wort oder Tat zum Ausschreiten oder Fortsetzen des Streiks aufgefordert haben, oder solche Beamte, von denen vermöge ihrer Stellung ein besonderes Verantwortlichkeitsgefühl erwartet werden müßte, werden Ordnungsstrafen, und zwar Warnungen oder Verbote, verhängt. Geldstrafen nur in besonderen Fällen. Mitläufer beim Streik verlieren nur wie alle am Streik Beteiligten die auf die Streitakte entfallenden Entlohnungsbezüge. Durch besondere Anordnungen ist Vorsorge getroffen, daß die eingeleiteten Verfahren mit möglichster Schnelligkeit durchgeführt werden. Alle Beschwerderechte sind selbstverständlich den Beamten gewährt.

Aus Vorkeuden geht hervor, daß sich die Reichsbahnverwaltung genau an die Richtlinien des Kabinetts hält und daß sie bei der Handhabung ihrer Maßnahmen auch die psychologischen Momente voll würdigt. Die mehrläufig von interessanter Seite in die Presse gebrachten Nachrichten über die Zahl der Disziplinarfälle sind falsch. Alle Zahlen sind unter Vergleich mit der Gesamtzahl der Streikenden zu würdigen, die auf mindestens 100 000 geschätzt werden muß.

Sitzung des Vorstandes der Reichsgewerkschaft.

Gestern ist der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Angestellte in Berlin zusammengetreten, um auf Frage der Disziplinarverfahren genau an die Richtlinien des Kabinetts hält und daß sie bei der Handhabung ihrer Maßnahmen auch die psychologischen Momente voll würdigt. Die mehrläufig von interessanter Seite in die Presse gebrachten Nachrichten über die Zahl der Disziplinarfälle sind falsch. Alle Zahlen sind unter Vergleich mit der Gesamtzahl der Streikenden zu würdigen, die auf mindestens 100 000 geschätzt werden muß.

Das neue Ortsklassengesetz.

Der 39. Ausschuß des Reichstages veröffentlicht folgende Erklärung:

Der 39. Ausschuß des Reichstages hat in sehr vielen Sitzungen die Einstellung der einzelnen Orte nach dem neuen Ortsklassengesetz vorgenommen. Die Arbeiten sind zur Zeit noch nicht beendet. Die Beratungen tragen streng vertraulichen Charakter. Trotzdem sind Mitteilungen über die Beschlüsse in die Öffentlichkeit gelangt. Es liegt hier grober Vertrauensbruch vor. Die Mitteilungen, die verbreitet worden sind, sind durchaus irreführend. Die Beschlüsse können keineswegs als endgültige betrachtet werden. Erst wenn die Gesamteratung zu Ende ist, wird der Ausschuß im Einvernehmen mit dem Reichsrat feststellen, welche Orte höher eingestuft werden sollen. Es ist deshalb zwecklos, jetzt solchen irreführenden Mitteilungen irgend-

welchen Wert beizumessen zu wollen. Ebenso zwecklos ist es aber, wenn jetzt noch schriftliche Eingaben an den Reichstag gerichtet werden und viele Deputationen zur Rücksprache mit den Abgeordneten hier eintreffen. Daß dies keinen Einfluß auf die fernere Gestaltung der Nachprüfung hat dieses Vorgehen nicht.

Die Frage der Deutschen Werke.

WTB. meldet aus Berlin: Als Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 12. Februar 1922 über die Frage der Deutschen Werke im Anschluß an den Beschuß der Volkskammerkonferenz vom 28. Dezember 1921 richtete der Vorsteher der Interalliierten Kontrollkommission General Nollet eine Note an das Auswärtige Amt. Die deutsche Regierung wird darin aufgefordert, der Kommission bis zum 15. Mai das zukünftige Fabrikationsprogramm für die Werke Erfurt, Spandau-Grafenhorst und Wolfgang (Hanau) sowie einen Überblickstabau, aus dem die Ausstattungsmenge der für jeden der aufländischen Fabrikationsstätte der Interalliierten Kontrollkommission und Maschinen erläutert ist, zu überreichen. Die Note bestimmt weiter, daß die Fabrikationsstätte, die endgültig verboten sind, provisorisch weiter betrieben werden können, aber nur unter den Bedingungen, unter denen sie sich jetzt abwickeln. Die vorliegenden Anweisungen bestehen sich nicht auf die Ausführung der Entscheidungen, die seitens der Kommission schon vorher getroffen worden sind und die sich auf die Fabrikationsstätte beziehen, die endgültig verboten sind, sondern auf die Fabrikationsstätte, die endgültig verboten sind, provisorisch weiter betrieben werden können.

In den Werken Spandau-Grafenhorst und Erfurt darf die Herstellung von Schubwaffen, Jagd- und Sportgewehren nicht weitergeführt werden. In dem Werk Wolfgang (Hanau) wird die Herstellung von Nitrozellulose verboten. Die Werke dürfen jedoch die Fabrikation provisorisch weiterführen. Endgültig wird genehmigt die Herstellung von Stoffobolium für Filmzwecke, zur Herstellung von militärischem Leben, die Herstellung von Schnellgeschäftsbriefen, die Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven sowie aller herstellungsbedürftigen Nebenarbeiten. Alle Fabrikationsstätte müssen deshalb in einer Zone von 12 Kilometern vereinigt werden. Hiermit muss die Herstellung von Nitrozellulose auf 50 Tonnen monatlich begrenzt werden. Alle Gebäude und Anlagen, die außerhalb der 12 Kilometer-Zone liegen, sind untersagt zu entfernen mit Ausnahme der für die Beleuchtung und Heizung der Büro- und Wohnräume erforderlichen Leitungen. Alle ins Einzelne gehende Anordnungen über die Durchführung der vorliegenden Maßnahmen werden seitens der Überkontrollkommission der Interalliierten Militär-Kontrollkommission gegeben. Im Flottenwerk Spandau gestaltet die Interalliierte Kontrollkommission die von der deutschen Regierung beantragte Errichtung eines Ergänzungswaffenwerkes. Abzugang auf die Entscheidungen der Kommission über die Herstellung oder Bereitung von Maschinen in Erfurt und Spandau ist keine Aenderung eingetreten. Die Kontrolle der Distriktkommissionen über die Verkäufe oder Neubeschaffung von Maschinen bleibt aufrechterhalten. Die von der deutschen Regierung beantragte Verlängerung der Frist für die Bereitung der Maschinen der Werke Spandau-Hasselhorst wird zugestanden. Der Termin wird auf den 1. März verschoben.

Sächsischer Landtag.

wsl. Dresden, 16. Februar.

Als neues Mitglied des Landtages wurde gestern der Rechtsanwalt Dr. Graf-Leipzig in die Stelle des verstorbenen Abg. Sindermann eingewiesen.

Nach Eintreten in die Tagessitzung erfolgen zunächst zwei Abstimmungen, und zwar wird der demokratische Antrag, wegen der Ministerzusammenkünfte in Thüringen regierungsfreies Ausland zu geben, abgelehnt, und alsdann der kommunistische Antrag auf sofortige Ausszahlung einer einmaligen Teuerungsabgabe an die Arbeiterrentner und Rentenlosen in der Fassung des Ausschusses angenommen, welche dahin geht, bei der Reichsregierung mit Entschiedenheit vorkeilig zu werden, die immer mehr steigende Not aller Rentner zu beenden. Die Minderheitsanträge auf verlagsweise Ausszahlung einer einmaligen Teuerungsabgabe durch den Staat werden abgelehnt.

Es folgt in zweiter Sitzung die Vorlage betr. die Ausschreibung der Dienstbezüge der Volkschulrechner unter Mitwirkung von Gehaltstrechern. Abg. Dr. Schaffert (Dem.) tritt als Berichtsteller für die Einführung von Gehaltstrechern ein, während Abg. Anders (D. Wp.) dagegen spricht, da nicht weniger als 1100-1200 neue Gehaltstrechern errichtet werden müßten, was den Sparmaßnahmen des Staates widerstreite. Er fordert aber malige Überweisung an den Reichsausschuß. Dieser Antrag wird abgelehnt, dagegen das ganze Gesetz angenommen.

Der nächste Punkt betrifft die Anfrage der Deutschen Volkspartei, ob die Regierung bereit sei, Maßnahmen zu treffen, welche den geistlich gewährleisteten Religionsunterricht in den Volksschulen aller Orte des Landes sicherstellen. Abg. Herrmann (D. Wp.) tritt energisch für Klärung der Verhältnisse ein, da die Eltern und Erziehungsberedtigten vielfach noch nicht informiert seien, welche Schritte von ihnen zur Beteiligung ihrer Kinder an den Religionsunterricht unternommen werden müssen. In Sachen werde abweichen von den Weimarer Beschlüssen verordnet. Unterichtsminister Fleischer will nicht wieder auf die ganze Religionsunterricht-Angelegenheit eingehen. Am. und Abmeldungen der Kinder zum Religionsunterricht sei durch die bekannte Verordnung des ländlichen Unterrichtsministeriums, welche vom Staat nicht beanstandet sei, geregelt. Die rechtliche Grundlage sei durch Entzettelung des Reichsgerichts bestätigt worden. Die Beisprechung der Anfrage wird auch dieses Mal beschlossen. Abg. Dr. Schaffert (Dem.) betont, daß die christliche Kirche in dieser Angelegenheit nicht die richtigen Wege beschritten habe. Die Lehrer hätten vielfach gewonnen werden können. Die Kirche habe die rechte Fühlung mit den Lehrern verloren. Es solle der Weg der Verjährung zwischen beiden befehlten werden. Abg. Dr. Blendorff (Unt.) widerstreite den Ausführungen des Vorredners. Es handle sich hier nur um die Frage, ob der Staat bereit sei, die ihm rechtlich zukommenden Verpflichtungen zu erfüllen. Der Staat habe die amtliche Pflicht, die Erteilung des Religionsunterrichts zu gewährleisten. Die Fälle, daß Religionsunterricht von den Kindern und Eltern begehr wurden, vermehrten sich täglich. Der Minister habe den Rechtsstandpunkt zwar objektiv eingehalten, aber nichts darüber gelagt, ob auch die Befolgung des Rechtes erfolge. Abg. Wester (U. S.) ergibt sich in alten Behauptungen über die Niederlässigkeit des

Morgen nachmittag 2 Uhr: Abgabe zur Förderung des Wohnungsbau- und Unterhaltungsbetriebes betreffend Verbesserung im Verkehr mit Österreich. Schluß gegen 7 Uhr.

Missionsunterrichts, woer er auch Entschuldigung erfordert, infolgedessen ihm Dr. Hindtorff antwortet: „Nehmen Sie nur über Unrecht schwiegen wollen!“ (Große Untersektion.) Das Ministerium habe mit seiner Verordnung seine Schriftlichkeit getan. An dieser Aufgabe sei nur eine kleinliche Beschränkung der Regierung zu erkennen. Der weitere Verlauf der Debatte brachte neue sachliche Gesichtspunkte nicht zur Geltung. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der Antrag Blücher (D. Wp.) wegen der autoritären Bestrebungen des Reiches wird, weil noch verfehlt, abgelehnt.

Die Einnahme des Allgemeinen Mieterklausverbandes Blauen i. V. Mieterklausur betrifft, wie der Regierung zur Kenntnisnahme überreichten. Ein Widerberichtsantrag dagegen, den Landtag beschließt und den Entwurf eines Höchsttarifentzuges vorzulegen, wird angenommen.

Drei Vorlagen betr. Bandeskreditversicherungsgesetze werden zu stimmen erledigt.

Es befindet sich nun das Haus mit der 2. Beratung des Antrages Wehrmann (Dem.) betr. Neuauflage der Bezirksversammlungen und Bezirkstaatsräte nach Abschluss der Gemeindewahlen. Es beschließt den Antrag aus praktischen Erwägungen heraus abzulehnen.

Weiter folgt die 2. Beratung des kommunistischen Antrages wegen

Sicherstellung der Kartoffelversorgung, verbunden mit dem Antrag des Abg. Ritter (Dtsl.) betr. Entschädigungen für Verluste aus dem veränderten Transport von Kartoffeln. Nach Bearbeitung des Antrages und der Anfrage nimmt der Reichswirtschaftsminister schließlich das Wort und erklärt zu der letzteren, daß eine Entschädigung wegen nicht regelrechter Bedrohung von Gütern nur auf Grund der in der Eisenbahndordnung festgesetzten Bestimmungen erfolgen kann. Die sozialistische Regierung habe kein Recht, an die Reichsbahnleitung wegen Entschädigungen heranzutreten. Vielmehr müsse der Empfänger unter gewissen Voraussetzungen seine Ansprüche an die Eisenbahn geltend machen. Die in dem Antrage gestellten Forderungen seien undurchführbar. Die sozialistische Regierung werde aber mit anderen Bundesregierungen beim Reichsminister vorstellig werden, daß das Reich schon jetzt für das nächste Jahr außerordentliche Maßnahmen in die Wege leite und ein Umlageverfahren, wie es Sachsen schon bei Aushebung der Eisengewichtsabgaben empfohlen, einführen werde. Der kommunistische Antrag wird darauf abgelehnt.

Es folgt der Antrag Dr. Reinhold und Gen. (Dem.) wegen Unterstützung der Leipzigser Messe, der auf Antrag des Abg. Dr. Reinhold ohne Vorberatung an den Haushaltshaushalt A verfehlt wird.

Die Anfrage Blüher und Gen. (Deutsche Wp.) wegen Einrichtung von Arbeitnehmerkammern wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Abg. Dr. Wagner (Deutschland) begründet sodann seine Anfrage wegen

der Neubefehlung in der Zeitung der 1. Abteilung des Ministeriums des Innern.

Die Vorgänge, die eingehend in der Presse behandelt worden seien, schlägt darum der Minister des Innern Blümke. Daraus geht hervor, daß infolge einer Verordnung Familienpolitik möglich gewesen sei. Sie habe sich in die Blutz- und die Vierfamilie unterschieden. Im Bereich des Ministeriums des Innern seien die Leibgarde Korps bevorzugt worden, denen die Söhne von eingeschreichen ländlichen Familien angehörten. Bekannt sei ferner, daß in der Zeit der Nebenregierung Mehnert der Weddinger Jagdklub ausschlaggebend Einfluß im Ministerium des Innern hatte. Nach 1919 seien von den 29 Amtsbaupräsidenten allein 15 von adeligen Personen bestellt gewesen. Die Angeklagten seien, wie Minister Lipinski besonders betonte, den Alten entnommen. Die Enthüllungen des Redners wurden stellenweise mit Lachen, stellenweise mit Entzürfung aufgenommen. Die Sozialdemokraten nahmen die Mitteilungen mit so großer Genugtuung auf, daß sie durch ihren Abg. Möller-Chemnitz eine besondere Erklärung abgeben ließen. Abg. Büchner (Deutsche Wp.) erwähnte, daß die Ausführungen des Redners ein Akt des politischen Kampfes seien. Jedenfalls hätten die höheren Beamten bürgerlicher Gesinnung, sobald hinreichend gesinnungstüchtige Sozialisten vorhanden seien würden, keine Forderung zu erwarten. Abg. Reinhold (Dem.) vermag nicht einzusehen, was diese angeblichen Vorgänge aus der Königszeit recht bedeuten sollen. Um einen Vaterland zu errichten, dazu sei dieses Vorgehen unerhört. Man sei bisher schon vom Ministerialamt viel gewöhnt gewesen, aber was der Minister Lipinski heute geleistet habe, das sei kaum glaublich. Nachdem Abg. Beutler (Deutschland), in noch gesteigerten Entrüstungsworten seinen Standpunkt dargelegt, ergibt der Minister Lipinski nochmals das Wort zu seiner Verteidigung, wobei er jedoch sein Verhältnis zu Geh. Rat Schmitt darzulegen versuchte und die Beamtenpolitik Schmitts als den Stein des Anstoßes bezeichnete. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Schließlich erfolgte die

Besprechung der Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik.

Abg. Holmann (Deutschland) begründet seine Anfrage, wie sich die Regierung zu den Schwabbeckerklärungen des Dresdner Heberevereins und des Verbundes sächsischer Polizeibeamter anlässlich des letzten Eisenbahnerstreiks kelle. Ministerpräsident Busch verliest die zweite Erklärung des Verbundes der Polizeibeamten, die bereits in der Hessentheilheit bekannt ist, und die Neutralität der Polizeibeamten kennzeichnen soll. Auch die Erklärung der Hebereitschaft lasse nicht erkennen, daß sie bewußt gegen die Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen habe. Abg. Tietwert (Nom.) begründet seinen Antrag, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß keine Vorschreibungen der am Streik beteiligten Eisenbahner stattfinden, den Beamten ihre Forderungen bewilligt und keine Belohnungen für Streikbrecher geahndet würden. Abg. Gaffart (Soz.): Es muß mit dem ganzen System der heutigen Beoldungspolitik gebrochen werden. Damit soll das Sonderangebot der Reichsregierung nicht entschuldigt werden. Abg. Blücher (D. Wp.): Bei dem Abgeordneten Gaffart wurde man nicht klar, ob er den Beamtenstreik billigt oder verurteilt. Aus dem Beamtenverhältnis resultiert das Streikverbot der Beamte darf den Dienst nicht verweigern. Die Deutsche Volkspartei dankt der Technischen Not hilfe. Abg. Dr. Gossert (Dem.) verliest eine Erklärung, in der der Technischen Not hilfe gedankt und der Streik der Eisenbahner aufs schärfste verurteilt wird. Weiter wird darin eine Erhöhung der Beamtenbezüge und ein neues Beamtenrecht gefordert. Um halb zehn Uhr abends geht ein Antrag Dr. Gossert (Dem.) ein: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, daß die Reichsregierung erlaube, sich bei den von ihr für notwendig gehaltenen Disziplinierungen streng an die von ihr aufgestellten Richtlinien zu halten, vor allem aber dafür zu sorgen, daß in Rückicht auf die Notlage der unteren und mittleren Beamten deren berechtigte Forderungen an die Beoldungsordnung ungeschämt erfüllt würden.

Darauf wird der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Die zweite Beratung der Anträge findet nächsten Donnerstag statt, ebenso die Abstimmung über den Antrag Gossert. — Hierauf Schluß der Sitzung.

Gefährdungen des italienischen Ministerpräsidenten.

Aus Rom wird gemeldet: In der gestrigen ersten Sitzung des Kammers nach der Verlegung erklärte Ministerpräsident Bonomi, angeflicht der Tatsache, daß eine der Minderheitsparteien zur Opposition übergesiegt sei, habe das Kabinett es für seine Pflicht gehalten, zurücktreten. Es stelle sich heute der Kammert wieder vor, um ein klares und unabweisbares Urteil zu abstimmen. Bonomi gab einen Rückblick auf die innerpolitische Tätigkeit des Kabinett und wunderte sich, ob man der äußeren Politik zu. Das während des Weltkrieges mit den Verbündeten verbindende und mit den Vereinigten Staaten bestreute Italien bleibe Mitglied der Gruppe der großen Mächte, die heute die Weltpolitik beherrschen. Da es indessen auf Grund seiner Stellung, seiner Traditionen, seiner Interessen und Ideale von tiefer Friedensliebe erfüllt sei, so könne und müsse Italien in die Versammlung der Grobmächte, der es angehört, den Geist der Römer und der Römera und Fortschreibung hineintragen, durch den allein man zu einem Wiederaufbau Europas gelangen könnte, der die Welt in Frieden und den Frieden sichere. Nach einem Rückblick auf die Italiens in Paris in der offiziellen Delegation, in Washington in der Gruppe der Internationalen und bei den Beratungen über einen Zahlungsaufschub für Deutschland enthaltene Tätigkeit legte Bonomi die Erwägungen dar, aus denen heraus man in Cannes zu dem Gedanken einer Konferenz in Genua gekommen sei. Es fügte hinzu, daß Italien in Cannes neben Großbritannien gestanden habe, um die Überprüfung einer Konferenz zu suchen, auf der Sieger, Beleagte und Neutralen zusammenzutreffen und unter gewissen Bedingungen kapitalistische und sozialistische Macht einander begegnen sollen. Da Italien erreicht habe, daß diese Konferenz in Genua zusammentritt, habe es Europa gegenüber eine Verpflichtung übernommen, die es erfüllen müsse. Italien werde zum bestimmten Tage, der bisher noch nicht geändert sei, bereit sein. — Zum Schluss erklärte Bonomi, das Parlament habe über die Tätigkeit der Regierung das Urteil zu sprechen. „Wir wünschen“, so schloß er wörtlich, „ein offenes, lokales und aufrechtes Urteil.“

nicht vom Werk Mantua angegriffen habe. Präsidentenpräsident Solvano erwähnte, die französische Regierung sei die Kammert darauf bedacht, Italien so rast und so aufziehbar wie möglich Hilfe zu bringen. Das sei eine humanitäre Frage. Vor über 4 Millionen Fr. Lebensmittel seien schon verteilt worden. Das französische Rotkreuz habe verlangt, nach Rußland reisen zu dürfen. Es sei geantwortet worden, daß es sich mit dem internationalen Rotkreuz auseinandersehen müsse. Das sei vor einem Monat gewesen. Das französische Rotkreuz habe überredet, seine eigene Wohlfahrtseinrichtungen machen zu müssen. Das französische Rotkreuz hat seine Ressourcenorganisation auf, kann mit den Sowjetvertretern in Verbindung treten. Die französische Regierung werde alles tun, um dem Russland Hilfe zu bringen, Worte zu geben. Abg. Guisan erwähnte, er verlange des Kammers die Feststellung, daß es bedauerlich sei, daß Frankreich ganz allein sich bis jetzt gewidert habe, mit einem humanitären Werk von dieser Art zu wandeln, wurde mit 446 gegen 184 Stimmen abgelehnt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Derter Abschluß aus der U. S. S. R. Nach einer Meldung der sowjetischen Presse ist Dertter gestern in einer von mehr als 2500 Vertretern bestreiten Versammlung der U. S. S. R. einstimmig ausgetragen.

Erhöhung der Gehaltsgrenze der Angestelltenversicherung. Die „Sitz“ veröffentlicht eine Auskunft, nach der der hellverträumte Vorkant des Zentralverbands der Angestellten an den Reichswirtschaftsrat und an den Reichstag eine Eingabe gerichtet hat, die Versicherungsgrenze für Angestellte auf jährlich 100000 M. zu erhöhen, bei durch die fortwährende Geldentwertung die augenblicklich vorliegende Gehaltsgrenze von 30000 M. als überholt anzusehen sei.

Eine Etwende des Papstes für Wohlätigkeitsarbeiter. Der Papst hat am Mittwoch beim Empfang des deutschen Kardinal in Ablassaudienst, dem Bischof von Breslau, Kardinal Bertram, 200000 Vice für Wohlätigkeitsarbeiter übergeben. Der österreichische Kardinal Hilt und der ungarische Kardinal Gaetano erhielten je 150000 Vice.

Die Tarifverhandlungen für Wasser, Strom und Gas in Berlin. In der Berliner Stadtvertretersversammlung wurde gestern die Magistratsvorlage, wonach der Preis für Wasser 1.90 M. je Kubikmeter, für elektrischen Strom 6 M. je Kilowattstunde und für Gas 8.80 M. je Kubikmeter betrügen soll, in der Aussicht des Abschlusses angenommen, da die Tarifverhandlungen nur bis zum 30. Juni gelten sollen.

Wehr gesetzliche Verhängung! Der frühere Reichsjustizminister Dr. Schäffer hat über unter Justitia folgende Mitteilungen gemacht: Wir haben heute viel zu viel Justitia-Rechtspleiße als Fabrikarbeit, wie sie heute durch den ungeheuren Umlauf der kriminellen und der zivilrechtlichen Justitia bedingt ist, wird auf die Dauer unmöglich. Wir werden den Justizkanalweg in allen Staatsländern einführen müssen. Und die Bevölkerung wird sich viel mehr davon gewöhnen müssen, durch gesetzliche Verhängung oder durch Schiedspruch Streitfälle zu erledigen. Wir laufen viel zu oft zum Richter.

Republik Österreich.

Die Kreditfrage. Die „Vol. Rose“ meldet aus Wien, Der italienische Gesandte hat gestern dem Bundeskanzler Schober ein Telegramm seiner Regierung zur Kenntnis gebracht, dem gemäß sich die italienische Regierung im Prinzip bereit erklärt, der österreichischen Regierung sofort mit einem Kredit zur Hilfe zu kommen.

Frankreich.

Der Nationalrat der französischen Gewerkschaften schloß vorgestern seine Arbeiten mit einer Resolution ab, wonin festgestellt wird, daß die Spaltung durch die ganze Arbeiterschaft einhindert eine vollendete Tatsache sei. Ein gewisse abgesplitterte Gewerkschaften richten eine Resolution einen besonderen Appell, der als letzter Verlust bezeichnet werden kann, alle gewerkschaftlichen Elemente, die hier ausdrücklich für die Internationale von Moskau steht, gelegt haben, in einem allgemeinen Arbeiterverband zu vereinigen.

England.

Marconi erkrankt. Wie die „B. B. C. a. W.“ aus London erichtet, hat Marconi einen Schlaganfall erlitten. Sein Zustand ist bedenklich.

Die Opfer der Unruhen in Irland. Die Verluste bei den Zusammenstößen in Belfast seit Sonnabend betragen den Blättern zufolge 35 Tote und etwa 100 Vermundete. Vorgestern wurde die Lage in der Stadt so bedrohlich, daß die Truppen in einer Straße zur Wiederherstellung der Ordnung mit dem Bajonet gegen die Menge vorgehen mußten.

Negropen.

Die Untertunnelung des Suezkanals. Während des Krieges hatten die Engländer von Kantara eine Eisenbahn durch die Wüste nach Balakina gebaut, die auf einer Hängebrücke über den Suezkanal läuft. Die Eisenbahn soll, wie in der „Umschau“ mitgeteilt wird, erhalten bleiben und mit den dortigen Linien verbunden werden. Um aber eine Störung des jetzt wieder sehr stark gewordenen Kanalverkehrs zu vermeiden, wird der Suezkanal untertunnelt und die Bahn unter dem Kanal durchgeführt.

Aus Kunst und Wissenschaft.

Wochenprogramm der Sachsischen Staatsoper zu Dresden, Überarbeitung: Sonntag, 19. 2. „Götterdämmerung“ 1.8—11 Uhr. Montag, 20. 2. „Bar und Zimmermann“ 7—10 Uhr. Dienstag, 21. 2. „Die Schneide von Schönau“ 1.8—11 Uhr. Mittwoch, 22. 2. „Madame Butterly“ 1.8—10 Uhr. Donnerstag, 23. 2. „Die tote Stadt“ 1.8 bis 10 Uhr. Freitag, 24. 2. „Liebesthrall“ 1.8—10 Uhr. Sonnabend, 25. 2. „Der Evangelimann“ 1.8—11 Uhr. Sonntag, 26. 2. „Die Baumbärte“ Lamino: Mag. Hirsch a. G. 1.7—10 Uhr. Montag, 27. 2. „Die lustigen Weiber von Windsor“ 1.8—11 Uhr. Schauspielhaus: Sonntag, 19. 2. nachm. 2 Uhr. „Christians Schleier“ abends Romeo und Julia“ 7 Uhr. Montag, 20. 2. „Am Teufel“ 1.8 Uhr. Dienstag, 21. 2. „Der Raub der Sabine“ 1.8 Uhr. Mittwoch, 22. 2. „Der Widerspenstigen Bämmung“ 1.8 bis 10 Uhr. Donnerstag, 23. 2. „Uraufführung „Das Opfer“ 7 Uhr. Freitag, 24. 2. „Der Widerspenstigen Bämmung“ 1.8—10 Uhr. Sonnabend, 25. 2. „Schluß und Tau“ 7—10 Uhr. Sonntag, 26. 2. „Das Odeon“ 7 Uhr. Montag, 27. 2. „Der Raub der Sabine“ 1.8 Uhr.

Neubestellungen ab heute

auf das täglich erscheinende Niedersächsische Tageblatt nehmen jederzeit alle Zeitungsredakteure und die Geschäftsstellen. Goethestr. 59, eingezogen. Bezugspreis auf halben Verbrauch einschließlich Druckerlohn Mark 5.50.